

sichere Drittstaaten zu sorgen? Oder lehnen Sie das weiterhin ab?

(Beifall bei der CSU)

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Kollege Herrmann, Sie scheinen ein Wahrnehmungsproblem zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

In jeder Sitzung machen Frau Kollegin Kamm und ich ganz konkrete Vorschläge. Dazu zählen Ankunftszentren in ganz Bayern, die Ausweitung der Erstaufnahmeeinrichtungen in ganz Bayern, die Straffung der Verfahren, die Einstellung von neuem Personal. Sind das keine konkreten Vorschläge? - Weiter schlagen wir die Verbesserung der Integration, die Ausweitung der Deutschkurse und die Möglichkeit, dass Flüchtlinge hier eine Ausbildung machen und hierbleiben können, vor. Das ist eine Latte konkreter Vorschläge. Ich gebe sie Ihnen gerne schriftlich, damit Sie alles nachlesen können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Sie werden das Problem so nicht lösen!)

Zu den Flüchtlingen aus den Balkanländern: In der Tat ist die Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus dem Balkan gering. In der Tat ist das Asylrecht für die Probleme, die in den Balkanstaaten bestehen, zum Großteil nicht das richtige Instrument. Wir brauchen andere Instrumente.

(Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Sichere Drittstaaten!)

Deswegen frage ich mich, warum Sie einen Antrag ablehnen, der für vermehrte Wirtschaftskontakte und eine engere Wirtschaftszusammenarbeit mit den Balkanländern eintritt.

(Widerspruch bei der CSU)

– Bitte lassen Sie mich ausreden. – Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz. Das hat Frau Kollegin Kamm ebenfalls gesagt. Außerdem brauchen wir endlich eine funktionierende Roma-Strategie. Wir waren vor Kurzem in Rumänien und haben dort mit Vertretern der Europäischen Kommission gesprochen.

(Widerspruch bei der CSU)

– Jetzt seien Sie doch einmal ruhig. – In der Tat ist es so, dass dorthin sehr viel europäisches Geld fließt. Das Geld fließt jedoch in die falschen Kanäle und landet nicht an den richtigen Stellen. Das Geld landet nicht bei denjenigen, die die Hilfe brauchen. Wir müssen die Strategie ändern. Wir können nicht viel Geld bereitstellen, wenn es nicht die richtigen Leute er-

reicht. Das heißt, wir müssen endlich eine gesamteuropäische Roma-Strategie erarbeiten. Es darf nicht sein, dass diese Volksgruppe im 21. Jahrhundert in dieser Art und Weise weiter diskriminiert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Sichere Drittstaaten!)

Ich erwarte von Ihnen endlich Antworten.

Zu den sicheren Drittstaaten: Ich frage mich, warum Sie Angst vor einer Evaluierung der Ergebnisse der bisherigen Einstufungen der sicheren Drittstaaten haben. Dazu zählt Serbien. Wir haben drei Länder als sichere Drittstaaten eingestuft. Im Rahmen der letzten Ministerpräsidentenkonferenz wurde darüber diskutiert, die Ergebnisse dieser Einstufungen zu evaluieren, um zu sehen, ob dieses Instrument etwas gebracht hat und das richtige ist. Wer hat sich gegen die Evaluierung gesperrt? – Das war der bayerische Ministerpräsident. Man muss doch zuerst prüfen, ob eine Maßnahme sinnvoll ist, bevor man sie auf andere Länder ausweitet. Deswegen sage ich: Lassen Sie uns erst einmal schauen, ob das das richtige Instrument ist, bevor Sie die nächsten Länder als sichere Herkunftsländer einstufen.

(Widerspruch bei der CSU)

Die Zahlen der Flüchtlinge aus Serbien waren nach der Einstufung nicht geringer als vor der Einstufung. Das heißt, es funktioniert nicht. Dieses Instrument funktioniert nicht.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass laut Geschäftsordnung eine Zwischenfrage vorliegt. Ich habe Ihnen zusätzlich schon 1 Minute und 30 Sekunden gegeben.

Margarete Bause (GRÜNE): – Gut. - Deswegen sage ich: Dieses Instrument ist nicht das richtige. Das erkennen Sie, wenn Sie sich die Zahlen der Flüchtlinge aus Serbien ansehen. Wir müssen uns gemeinsam etwas anderes überlegen. Ihre Einstufung wird das Problem nicht lösen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Viel geredet, nichts gesagt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Rinderspacher das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Wir haben in Bayern einen Ministerpräsidenten der vielen Gesichter. Herr Seehofer, Sie haben heute eine sehr

staatstragende, nahezu landesväterliche Rede gehalten. Sie haben betont, dass Bayern ein weltoffenes Land ist. Ich beobachte Ihre Politik seit vielen Jahren. Ich möchte in keinster Weise leugnen – das ist meine tatsächliche Überzeugung –, dass Sie im Kern eine zutiefst sozialliberale Grundhaltung haben. Herr Ministerpräsident, umso erstaunter bin ich immer wieder, dass Sie dennoch immer wieder regelmäßig der Versuchung erliegen, diese sozialliberale Grundhaltung durch rechtspopulistische Töne zu zertrümmern und zu zerstören.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Der Ministerpräsident der vielen Gesichter hat im Jahr 2011 in einem "FOCUS"-Interview einen Einwanderungs-Stopp für Türken und Menschen aus arabischsprachigen Ländern gefordert. Diese seien im Prinzip nicht zu integrieren. Dabei hat er wohl gewusst, dass gerade die Türken seit dem Jahr 2005 einen negativen Einwanderungssaldo aufweisen. Im Jahr 2012 hat er in Passau gepoltert, er werde sich bis zur letzten Patrone dafür einsetzen, dass es keinen Zuzug in die Sozialsysteme gebe.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das ehrt ihn!)

Bayern und Deutschland seien nicht das Sozialamt Europas. Zum Jahreswechsel 2013/2014 waren es die Rumänen und die Bulgaren, die dran glauben mussten: Bayern würde durch die europäische Freizügigkeit von Einwanderung aus diesen Ländern überschwemmt. Davon hat sich nichts bewahrheitet. Die Zahlen haben prompt, wie zuvor bei Tschechien und Polen, eine ganz andere Sprache gesprochen.

Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie heute eine staatstragende Rede gehalten haben, fordere ich Sie auf, gerade in Zeiten, in denen in Bayern Flüchtlingsheime brennen, eine besonnene Sprache wie heute im Bayerischen Landtag bitte auch auf Parteitag und in bayerischen Bierzelten zu pflegen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Heute sprachen Sie etwas schulmeisterlich, das Parlament müsse ein Seismograf der Lebenswirklichkeit sein. Das glaube ich Ihnen. Sie sind seit vielen Jahrzehnten Parlamentarier. Darf ich Sie jedoch daran erinnern, dass dieser Bayerische Landtag seit Jahr und Tag ganz konkrete Konzepte sowie ganz konkrete Anträge zu einer aktiven humanitären Flüchtlingspolitik eingebracht hat? - Es war die linke Seite dieses Parlaments, die bereits im Jahr 2010 beantragt hat, neue Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern zu errichten. Das gilt auch für die Jahre 2011, 2012 und 2013.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Ihre Regierung mit Frau Haderthauer hat den Oberbürgermeistern in diesem Land schriftlich mitgeteilt: Wir brauchen keine Erstaufnahmeeinrichtungen. - Dabei war angesichts der Zahlen längst klar, dass wir diese Erstaufnahmeeinrichtungen brauchen. Herr Ministerpräsident, hätten Sie auf dieses Parlament gehört, wären wir heute weiter.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Herr Seehofer, darf ich Sie daran erinnern, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge selbst in den letzten Jahren immer wieder mehr Personalstellen eingefordert hat? Seit vielen Jahren und während der Amtszeit des CSU-Innenministers Hans-Peter Friedrich sind alle einschlägigen Anträge sowohl vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als auch vom Deutschen Bundestag abgeschmettert worden. Unter der Führung eines CSU-Innenministers wurde keine einzige neue Personalstelle geschaffen. Das ist ein Problem. Darauf hätten Sie eingehen sollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Darf ich Sie daran erinnern, dass dieses Parlament mehrfach, auch heute mit einem Antrag der FREIEN WÄHLER, gefordert hat, mehr Verwaltungsrichter einzustellen, damit eine entsprechende Beschleunigung bei den Verfahren erreicht werden kann? - Die SPD hat in den letzten Jahren immer wieder solche Anträge eingebracht. So viel zum Thema "Seismograf Parlament". Sie haben diese Anträge abgeschmettert, und heute führen Sie sich am Mikrofon wie der Oppositionsführer auf. Herr Seehofer, Sie regieren! Sie hätten das umsetzen können.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Frau Dr. Merk ist mehrfach auf den Westbalkan gereist und hat dort in großen Presseerklärungen angekündigt, dass dort humanitäre Leistungen vorangebracht und die wirtschaftliche Entwicklung gestärkt werden müssten. Frau Dr. Merk hat als Ministerin überhaupt keinen Haushalt. Unsere Anträge, die wir in diesem Parlament gestellt haben, dass genau das Realität werden soll, haben Sie, Frau Dr. Merk, abgelehnt. So viel zum Thema "Seismograf Parlament".

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen Ihnen deshalb leider vorhalten: Großes Reden bedeutet noch lange kein gutes handwerkliches Regierungshandeln. Das haben wir zuletzt bei der Maut und beim Betreuungsgeld gesehen. Liebe

Kolleginnen und Kollegen, wir sehen das auch seit Jahren in der Flüchtlingspolitik des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Leider ist meine Redezeit schon am Ende angekommen. Sie hatten 25 Minuten, ich habe nur 5. So ist das. Ich hätte noch viel zu sagen. – Ich wünsche mir, dass wir am Ende zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zurückkehren, wie das die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin am 18. Juni besprochen haben.

(Jürgen W. Heike (CSU): Macht doch mit!)

Damals wurden verschiedene Maßnahmen beschlossen, unter anderem, dass wir uns das Thema "sichere Herkunftsländer" nach der Evaluierung noch einmal gemeinsam anschauen. Wir waren bereits auf einem guten Weg; die CSU, die CDU, die SPD und sogar der grüne Ministerpräsident waren mit im Boot. Was machen Sie? – Anstatt konkretes Regierungshandeln auf den Weg zu bringen, gab es in den nächsten Tagen parteipolitisch geprägte Töne hier im Bayerischen Landtag und auf Ihren Parteitagen, Rot-Grün solle sich endlich bewegen. Dabei waren die entsprechenden Beschlüsse bereits auf den Weg gebracht. Meine Damen und Herren, so kann man Politik nicht betreiben. Das kann aus unserer Sicht nicht funktionieren. Betreiben wir gemeinsam eine verantwortungsvolle und entschlossene Integrations- und Flüchtlingspolitik, die im Verwaltungs- und Regierungshandeln dem Rechtsstaat und der Humanität verpflichtet ist!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Stehender Beifall bei einigen Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CSU – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Netter Versuch! – Volkmar Halbleib (SPD): Ihr lacht über euch selbst! Das ist euch bloß nicht aufgegangen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will die Debatte wirklich nicht verlängern, aber ich muss auf einen Punkt eingehen. Diese immer wieder geäußerte Bemerkung über die vielen Gesichter berührt mich nicht besonders. Diese Strategie ist schon einmal gescheitert. Deshalb sitzen von 180 Abgeordneten 101 bei der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden in meiner Amtszeit, in diesen sieben Jahren, bei dem, was ich gesagt, zugesagt oder versprochen habe, nichts finden, was nicht erfüllt wurde.

(Lachen bei der SPD)

– Sie können gerne so weitermachen. Sie befinden sich auf dem gleichen Weg wie Ihre thüringischen Kollegen. – Ich gehe nur auf den Punkt Sozialleistungen ein. Was sind wir und ich persönlich für den Satz "keine Zuwanderung in die Sozialsysteme" gescholten worden! Es gab eine große Empörung, das übliche Ritual. Man musste nur abwarten, bis sich die ganzen Empörungen wieder gelegt haben. Dann hat die Bundesregierung, die Koalition, in vollem Einvernehmen eine Kommission unter Führung der SPD eingesetzt.

(Markus Rinderspacher (SPD): So macht man das, Herr Ministerpräsident! – Thomas Kreuzer (CSU): Bei Ihnen passiert gar nichts!)

Dann ist alles abgeklopft worden, was in der deutschen Gesetzgebung verändert werden muss, damit es zu keiner Zuwanderung in die Sozialsysteme kommt. Das Gesetz ist vom Deutschen Bundestag verabschiedet und vom Deutschen Bundesrat durchgewunken worden. Am Ende dieser ganzen Empörung stand genau das, was wir wollten, nämlich die Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, damit es zu keiner Zuwanderung in die Sozialsysteme kommt. Das war die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Nach den Gesprächen, die ich gestern in Berlin und mit den Ministerpräsidenten geführt habe, sage ich Ihnen voraus: Sie werden erleben, dass die Maßnahmen, die wir zur Bekämpfung des Missbrauchs und zur Herstellung der Gerechtigkeit beschlossen haben, in sehr kurzer Zeit allgemeiner deutscher Standard sein werden. Das wollte ich hier nur sagen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Weil das in Berlin schon beschlossen wurde!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Dabei werden die Anträge wieder getrennt. Die CSU-Fraktion hat für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Weikert, Rauscher und anderer und Fraktion (SPD) auf der Drucksache 17/7683 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD